

19  
21  
25  
35  
25  
39  
49  
59  
48  
N  
use  
a. d. J.  
n Holz  
indenden  
gbs.  
oren.  
eit eine  
n jenen  
möglich  
gbs.  
ig!  
je:  
gbs.  
Tele-  
inbez:  
landes-  
Walt  
mann,  
erteilt  
ren.  
n!  
z:

# Bote von der Wbbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

<p><b>Bezugspreis mit Postverendung:</b></p> <p>Ganzjährig . . . . . 8 14.60          Halbjährig . . . . . „ 7.30          Vierteljährig . . . . . „ 3.75</p> <p>Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.</p>	<p><b>Schriftleitung und Verwaltung:</b> Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.</p> <p><b>Ankündigungen (Inzerate)</b> werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachsch. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.</p> <p>Schluss des Blattes: <b>Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.</b></p>	<p><b>Preise bei Abholung:</b></p> <p>Ganzjährig . . . . . 8 14.—          Halbjährig . . . . . „ 7.—          Vierteljährig . . . . . „ 3.60</p> <p>Einzelpreis 30 Groschen.</p>
---	--	---

Folge 11

Waidhofen a. d. Wbbs, Freitag den 13. März 1936

51. Jahrgang

## Politische Uebersicht.

### Osterreich.

Das wichtigste Ereignis der Woche war der Besuch des slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodzsa in Wien. In längeren Unterredungen wurden in erster Linie die die Interessen beider Staaten unmittelbar berührenden Fragen erörtert. Insbesondere wurde das bisherige Ergebnis der Handelsvertragsverhandlungen gemeinsam geprüft und festgestellt, daß diese Besprechungen nunmehr zur Abschlußreise gediehen sind, nachdem einige offene Punkte zur Gänze beseitigt werden konnten. Bei diesen, in freundschaftlichem Geiste geführten Verhandlungen, die mit dem Ziele gegenseitiger Ausweitung des Verkehrs geführt wurden, ist im Sinne der Empfehlungen der Konferenz von Streja der Präferenzgedanke angewendet worden. Der Niederschlag der bezüglichen Vereinbarungen wurde in einem Protokoll niedergelegt, das beide Regierungschefs unterzeichnet haben. Im Rahmen des Vertragswerkes wurden auch verschiedene andere Fragen, die nicht unmittelbar den reinen Handelsverkehr betreffen, näher geregelt, darunter die Frage des Fremdenverkehrs. Der Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag wurde verbessert und erneuert. Die beiden Regierungschefs haben ferner grundsätzlich vereinbart, Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Kulturabkommens, wie Osterreich und auch die Tschechoslowakei solche bereits mit mehreren Staaten geschlossen haben, ehestens zwischen den beiderseitigen zuständigen Stellen aufnehmen zu lassen. Im Verlaufe der Besprechungen wurde selbstverständlich die allgemeine internationale Lage gründlich erörtert und in besonders eingehender Weise die gerade in der letzten Zeit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehende Frage der Organisation des Donauraumes geprüft. Hierbei wurde einvernehmlich als wünschenswert bezeichnet, daß vor allem eine immer weiter fortschreitende Annäherung der Staaten der Kleinen Entente und der Signatarstaaten des Römer Paktes auf wirtschaftlichem Gebiete angestrebt werde. Hiedurch würde, nach Auffassung der beiden Regierungen, auch ein bedeutsamer Fortschritt in politischer Hinsicht erhofft werden können.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg führte einem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber über die österreichische Verfassung aus: Wir bemühen uns, unsere Verfassung schrittweise auszubauen und einen wahrhaft demokratischen Grundsatze zur Geltung zu bringen, indem wir beruhsständische Organisationen schaffen, die vom System des Parteiparlamentarismus verschieden sind. Der Grundsatze der Vertretung kommt in der neuen österreichischen Verfassung klar zum Ausdruck. So werden insbesondere im Oktober dieses Jahres Wahlen für die Vertretung des Bauernstandes in Osterreich stattfinden. Wir hoffen, daß diese neue Entwicklung der Verfassung in Osterreich im Hinblick auf die Festigkeit des Staates wesentlich bessere Ergebnisse erzielen könne als die, die vorher erreicht worden waren.

Sozialminister Dr. Dobretsberger hielt in Wien eine Rede, in der er die Aufgaben der Gewerkschaften im neuen Staate besprach. Er sagte u. a.: Eine Gewerkschaft, die den Willen zur Zusammenarbeit nicht auf Grund des Kampfes, des Zustandsstandpunktes, ihre Forderungen durchzusetzen, hat, sondern mit Rücksicht auf die Gesamtleistung alle berechtigten, auf sozialer Gerechtigkeit beruhenden Forderungen verwirklichen will, ist standesreif. Die große Aufgabe, die die bisherigen Gewerkschaften nicht getannt haben, ist die beruhsständische Aufgabe. Diese beinhaltet, daß in den beruhsständischen Ausschüssen, in den einzelnen Gilden zusammen mit den Unternehmern nicht nur gemeinsame Fragen behandelt, sondern auch gemeinsame Streitfälle zur Schlichtung vorbereitet werden. In dieser Tätigkeit liegt ein Stück Staat, weil sie mitverwaltet, weil sie, mit Hoheitsrechten ausgestattet, eine Funktion ausübt, die nur dem Staate zugesallen wäre. In diesem Sinne ist die Gewerkschaft von heute etwas höheres als früher, sie ist nicht mehr allein Interessenverband, obwohl sie dies auch weiterhin bleiben wird, sondern in zweiter Linie ein Stück Staatshoheit, ein Staatsorgan, das Aufgaben zu übernehmen hat, die bisher nur von den Be-

hörden des Staates durchgeführt worden sind. Gerade infolge dieser hohen Aufgabe, die weit über das Berufsinteresse hinausreicht, muß bei dem Aufbau einer solchen Gewerkschaft jedes persönliche Interesse, jeder Gruppenegoismus zurücktreten. Gerade weil die neuen Berufsorganisationen ein Stück Staat werden, haben solche Sonderinteressen persönlicher und egoistischer Natur keinen Platz mehr. Allein entscheidend in all diesen Fragen ist das Gesamtinteresse.

Am Bundestag des Osterreichischen Gewerbebundes sprach Bundesminister Stodinger über die Stellung des Gewerbebestandes im neuen Staate. Er führte u. a. aus: Das Gewerbe hat das neue Leben und das neue Denken am herzlichsten begrüßt, weil es in der parlamentarischen Zeit immer ein Stiefkind war, an das sich die politischen Parteien nur bei den Wahlen erinnern haben. Der Gewerbebund wird erst dann eine ganz vollkommene Organisation sein, wenn er Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam umschließt. Diese Aufgabe zu lösen ist einer der vornehmsten Programmpunkte des heurigen Jahres. Die Bildung von beruhsständischen Ausschüssen, durch die ein gemeinsames Band zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet werden soll, ist bereits im Gang. Unserer Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet sind Grenzen gezogen, die mit der Kleinheit unseres Staates im Zusammenhang stehen. Von schicksalsgewollten Abhängigkeiten kommen wir zwar nicht los, aber wir werden alles tun, um den Weg der Wirtschaft zu einem richtigen Erfolgsweg zu gestalten. So wurde zum Beispiel das Handelspassivum um rund 700 Millionen Schilling abgebaut. Im vergangenen Jahre allein ist die Produktion neuerdings um mehr als 10 Prozent gestiegen. Wir werden uns weiter bemühen, die Kaufkraft zu heben, weil wir dadurch dem Gewerbe den größten Nutzen sichern, den Gewerbetreibenden Arbeitsaufträge der öffentlichen Hand zu beschaffen und den Anteil des Gewerbes am Export noch mehr zu steigern und schließlich werden wir der Erweiterung des Kreditapparates für die Gewerbetreibenden große Aufmerksamkeit schenken. Was weiter noch zu vollbringen ist, möchte ich mit einem Sammelnamen zusammenfassen. Es ist der Kampf gegen die vielen Unsicherheiten des Lebens, die namentlich die Gewerbetreibenden bedrohen. Wir begegnen diesen Unsicherheiten, wenn wir den Anschluß an eine gute Konjunktur nicht vermögen, wenn wir das Putschertum wirksam bekämpfen, wenn wir das Unterjagungsgehege zufriedenstellend reformieren und wenn wir das Problem der Krankenversicherung der Gewerbetreibenden befriedigend lösen. Im Sinne der neuen Verfassung haben Sie eine viel größere Autonomie erhalten, als Sie früher je besaßen. Machen Sie von ihr einen vorsichtigen und klugen Gebrauch, verwerten Sie diese Autonomie zu Ruh und Frommen Ihres Standes, aber auch zum Wohl der Allgemeinheit.

### Frankreich.

Ministerpräsident Sarraut hat im Rundfunk nach der Rede Hitlers eine Botschaft verbreitet, in der er in sehr scharfer Form gegen die deutschen Maßnahmen und Vorschläge auftritt. Es heißt dort u. a.: Man hat uns in brutaler Weise vor eine vollendete Tatsache gestellt. Es kann keinen Frieden in Europa, es kann überhaupt keine internationalen Beziehungen geben, wenn sich diese Methode verallgemeinert. Indem wir uns dagegen auflehnen, dienen wir den Interessen der europäischen Gemeinschaft. Die französische Regierung ist fest entschlossen, der Drohung nicht zu weichen. Der bloße Umstand, daß deutsche Soldaten sich unter Verletzung feierlicher Verpflichtungen an den Ufern des Rheins niedergelassen haben, macht jede gleichzeitige Verhandlung unmöglich. Nachdem ich die Lage im Namen der französischen Regierung reichlich überdacht habe, erkläre ich, daß wir die wesentlichen Garantien der französischen und belgischen Sicherheit, die von der französischen und der englischen Regierung im Locarno-Abkommen gegengezeichnet worden sind, aufrechterhalten werden. Wir sind nicht gesonnen, Straßburg im Bereich des Feuers der deutschen Geschütze zu lassen. Das französische Volk ist sich darüber klar, es gibt alle eifrigen Streitigkeiten auf und wird einstimmig bleiben, um die Aktion seiner Regierung zu unterstützen. Die Reichsregierung hat wieder einmal übersehen, daß in jeder ernstesten Stunde unserer Geschichte jeder innere Zwiespalt sofort weicht und sich unverzüglich alle französischen Parteien in dem un-

erschütterlichen Willen zusammenschließen, die Unabhängigkeit und Sicherheit Frankreichs zu verteidigen. Kein Franzose verdient den Schimpf, den man jenseits des Rheins gewissen Franzosen antut, indem man sie für fähig hält, das Vorgehen Deutschlands irgendwie zu entschuldigen. Das französische Volk bleibt bereit, unter allen Verhältnissen zu beweisen, daß man nicht auf Spaltungen rechnen darf, um es zur Kapitulation zu zwingen und seine Unterjochung vorzubereiten.

Gestern hat der Senat den französisch-sowjetischen Pakt mit 233 gegen 52 Stimmen ratifiziert. Vor Beginn der Abstimmung über den französisch-russischen Beistandspakt im Senat hatte die Regierung die Vertrauensfrage gestellt. Das Vertrauen wurde ihr mit 231 gegen 52 Stimmen ausgesprochen.

### Jugoslawien.

Die jugoslawische Stupjchtina hatte wieder einmal ein aufregendes Ereignis erlebt. Während des Exposés über die Außenpolitik hat der oppositionelle Abgeordnete Rnautovitch auf den Ministerpräsidenten geschossen, ohne diesen zu treffen. Infolge der letzten Ereignisse ist die Regierung Stojadinowitsch zurückgetreten. Der Rücktritt wurde von der Regentschaft angenommen. Stojadinowitsch hat bereits wieder eine Regierung gebildet, die sich im wesentlichen nicht viel von der bisherigen unterscheidet. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß an Stelle des bisherigen Kriegsministers General Schiwolkowitsch der Armeekommandant General Lubomir Maritsch zum Kriegsminister ernannt worden ist. In politischen Kreisen wird als Ursache der Regierungskrise der Umstand bezeichnet, daß Kriegsminister Schiwolkowitsch allzu große Sympathien für diejenigen Teile der Opposition gezeigt habe, die als Urheber des Attentats angesehen werden und er deshalb entfernt werden sollte.

In seinem Exposé über die auswärtige Politik Jugoslawiens gab Ministerpräsident Stojadinowitsch bezüglich der Beziehungen zwischen Jugoslawien einerseits und Osterreich und Ungarn andererseits folgende Erklärung ab: Die jugoslawische Regierung wünscht eine sachliche und loyale Zusammenarbeit mit der österreichischen Regierung. Wir betrachten diese Zusammenarbeit als für beide Länder nützlich. Wir haben weder unterlassen, noch werden wir unterlassen, jede Gelegenheit und jede Möglichkeit für die Stärkung besonders der kulturellen und der wirtschaftlichen Beziehungen mit Osterreich wahrzunehmen. Der Ministerpräsident fuhr sodann fort: Für die Konsolidierung des Donaugebietes sind wir auch zu einer Zusammenarbeit mit unserem zweiten nördlichen Nachbarn, dem Königreich Ungarn, bereit und wünschen, daß auch auf dieser Seite die Gründe für gegenseitiges Mißtrauen und Mißverständnis verschwinden.

### Sowjetrußland.

Für den Ernst der Lage im fernem Osten ist nachfolgende Nachricht kennzeichnend: Josef Stalin, der als einer der am wenigsten zugänglichen Persönlichkeiten der internationalen Politik gilt, führte mit dem bekannten amerikanischen Zeitungsherausgeber Roy W. Howard eine dreistündige Unterredung, in der er erklärte, daß Sowjetrußland bereit sei, im Notfall gegen Japan einen Krieg zu führen, um zu verhindern, daß die Unabhängigkeit der mit der Sowjetunion in praktischer Allianz verbündeten Äußerer Mongolei vernichtet werde. In dieser Unterredung führte Stalin eine sehr drohende Sprache, die sich direkt an Japan wandte.

## Brotverbilligung im Sinne der Preisentlungsaaktion der Bundesregierung im Bezirk Amstetten.

Durch die Bemühungen des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich und der Bezirkshauptmannschaft Amstetten sowie dank dem verständnisvollen Entgegenkommen der Bäckerzünfte Amstetten und Waidhofen a. d. Wbbs ist es gelungen, neben dem bisher üblichen Konjumbrot eine neue qualitativ vollwertige Volksbrottype im Verwaltungsbezirke Amstetten einzuführen, die aus 25% Weizen- und 75% Roggenmehl besteht und im ausgedehnten Zustande um den Preis von 50 Groschen pro Kilogramm verkauft wird. Diese Vereinbarung tritt am 20. März 1936 in Kraft.

# Hitler stellt die deutsche Reichsouveränität wieder her.

**Umtstage**

**der Bezirkshauptmannschaft Amstetten.**

Montag den 23. März 1936 um 11 Uhr vormittags in St. Peter i. d. Au, Sitzungssaal der Marktgemeinde.

Dienstag den 24. März 1936 um 11 Uhr vormittags in Waidhofen a. d. Hbs, Sitzungssaal der Landgemeinde.

Donnerstag den 26. März 1936 um 11 Uhr vormittags in St. Valentin, Gemeindefestungsjaal.

Freitag den 27. März 1936 um 10 Uhr vormittags in Amstetten, Sitzungssaal der Bezirkshauptmannschaft.

## Für Ihre Reklame:

# Die Verteilungsdrucksache!

Wirksam und billig! Verlässlich zugestellt durch die Post in jedes Haus, zu jeder Partei, zum Preise von 1 Groschen per Stück.

## Die Zettelreklame wächst an,

weil sie billig ist und der Erfolg nie ausbleibt. Kommen Sie in die

# Druckerei Waidhofen a. d. Y.

lassen Sie sich beraten und verlangen Sie Offerte. Wir veranlassen auf Wunsch auch die Verteilung durch das Postamt.

## Der Krieg in Ostafrika.

In den letzten Tagen waren die Nachrichten vom Kriegsschauplatz wieder sehr spärlich. Angeblich hat Marschall Badoglio die verschiedenen Aktionen wegen des Friedensappells vorübergehend eingestellt. Diese Meldung ist jedoch nicht zutreffend; es wurde bekannt, daß eine neue große Offensivde bevorsteht.

Fünf gestaffelte italienische Armeekorps stehen an der ostafrikanischen Nordfront zu neuem Vormarsch bereit. Das erste und das dritte Korps stoßen nach Süden auf Genaroa und den Schangsee vor, während das Ersthäa-Armeekorps seine Stellungen in Tembien verfestigt und das zweite und vierte italienische Korps ihre Stellungen im Schiro-Gebiet ausbauen, um im gegebenen Falle bereit zu sein. Die Italiener haben alle Höhen in der Nähe des Takaze besetzt und dort Beobachtungsposten und Artilleriestände errichtet. Inzwischen erfährt man, daß der Negus in Kenntnis der Gefahr, die durch die gemeinsame Aktion der fünf italienischen Armeekorps für Dessie besteht, sich nach Norden gewandt habe, um zu versuchen, den Italienern die kaiserliche Garde entgegenzustellen, ehe sie Zeit gefunden hätten, diese Aktionen zu entwickeln.

### Godscha in der Hand der Aufständischen.

Die Aufständischen der wichtigen Provinz Godscha haben sich der Hauptstadt Godscha bemächtigt und einen Revolutionsrat eingesetzt. In diesem Rat befinden sich auch ein Dedschas-masch und ein Fitaurari, die an dem Aufstand gegen die kaiserlichen Truppen teilnahmen. Die Eroberung von Debra Martos sichert den Aufständischen die vollständige Beherrschung des ganzen Gebietes. Es wurden Befestigungen errichtet, um sich gegen mögliche Angriffe des Dedschas Tgazu zu sichern, der vom Negus beauftragt ist, die Revolte niederzuschlagen. Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, haben die Aufständischen Delegierte zum italienischen Oberkommando in Tigre entsendet.

### Die mohammedanische Bevölkerung in Aufruhr.

Wie verlautet, ist unter der mohammedanischen Bevölkerung von Abessinien ein Aufstand gegen die koptischen Statthalter ausgebrochen.

## Nachrichten.

**Eröffnung des Wahlsfeldzuges im Reich.** Seit 10. ds. steht das Reich ganz im Zeichen der Vorbereitung der Reichstagswahl und der Volksabstimmung. Die erste Wahlversammlung in der Reichshalle war die größte politische Kundgebung, die Berlin bisher gesehen hat. Außer in der überfüllten Halle wurde die Rede des Reichsministers Goebbels noch gleichzeitig auf 230 andere Versammlungen in Berliner Sälen durch den Rundfunk übertragen. Alle Film- und Theaterpremierer waren abgesetzt. Die große Aufklärungswoche der Polizei und sämtliche Sportveranstaltungen sind verschoben. Das Reich soll allein auf die Wahlvorbereitungen eingestellt sein.

**Deutsch-italienisches Rechtshilfeabkommen.** Rom, 9. März. Heute nachmittags empfing Mussolini im Palazzo Venezia den deutschen Botschafter v. Hassel, um das italienisch-deutsche Rechtshilfeabkommen, dessen Unterzeichnung man schon seit längerem erwartet hatte, zu unterfertigen.

**Das Verbreitungsverbot aller reichsdeutschen Tageszeitungen neuerlich verlängert.** Amtlich wird mitgeteilt: Das Bundeskanzleramt hat das Verbot verlängert und zuletzt am 11. Dezember 1935 mit Wirksamkeit bis 16. März 1936 verlängerte Verbot der Verbreitung aller im Deutschen Reich erscheinenden Tageszeitungen und gewisser Zeitschriften im gleichen Umfang für einen Zeitraum von weiteren drei Monaten verlängert. Die gegen bestimmte Zeitungen für eine längere Zeitdauer verfügte Verbote werden hierdurch nicht berührt.

**Englischer Humor.** Unter dieser Woche stand im Pariser „Temps“, daß die englische Gesellschaft für Architektur kürzlich ihre Monatschrift, wie sie dies seit langem tut, wieder an die

Für die Welt völlig überraschend wurde für den vergangenen Samstag der Deutsche Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufen. Mit größter Spannung erwartete man die Rede des Reichskanzlers Hitler. Seine Rede zerfällt in einen programmatisch-weltanschaulichen und in einen politisch-aktuellen Teil. Die grundsätzlichen Ausführungen bieten gewissermaßen eine Ergänzung jener Reichstagsrede vom Mai 1935, in der Hitler den verantwortlichen Staatsmännern der Welt, insonderheit Europas, den Volkstumsgedanken als den Ausgangspunkt alles fruchtbringenden außenpolitischen Denkens und Handelns vor Augen stellte. Wieder wies der Reichskanzler darauf hin, daß Völker nicht Gegenstand eines diplomatischen Paragrafenspiels sein können und dürfen, weil sie geschichtliche Realitäten sind. Nur die Achtung vor fremdem Volkstum, die Anerkennung seiner Lebensansprüche und seiner Lebensbedürfnisse können der Welt den wahren Frieden bringen, den Versailles nicht gebracht hat und der solange nicht kommen wird, als dieses unselbige Diktat weiterwirkt. In diesem Rahmen arbeitete Hitler die sogenannte „deutsche Frage“ heraus, die ungelöst eine kritische Belastung Europas, gelöst eine Befreiung Europas darstellt. Hitler richtete einen neuerlichen Appell an das französische Volk, über alle Verirrungen der Vergangenheit hinweg in Freundschaft mit Deutschland ein neues Europa aufzubauen und so die abendländische Völkerfamilie zu verewlichen, in der jedes der nationalen Glieder sein unveräußerliches Lebensrecht erhält. Besonders eindrucksvoll wirkte Hitlers starkes Bekenntnis zur abendländischen Kulturgemeinschaft, der nur eine wirklich große Gefahr droht, der Bolschewismus. Es ist derselbe Bolschewismus, mit dem die französische Regierung ein unbeschränktes gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis abgeschlossen hat und trotz schwerster Bedenken, nicht zuletzt im französischen Volk selbst, von der Kammer vor kurzem ratifizieren ließ. Es ist nicht feststellbar, erklärte Hitler, ob nicht morgen oder übermorgen auch in Frankreich die auf die Weltrevolution abzielende Sowjetidee erfolgreich sein wird. In einem solchen Falle aber hätte es Deutschland in Auswirkung des Russenpakt nicht mehr mit Paris, sondern mit Moskau zu tun. Daraus ergibt sich, daß der Russenpakt mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages von Locarno, dieses im Jahre 1925 von England und Italien garantierten deutsch-französischen, bzw. deutsch-belgischen Grenzschutzvertrages, unvereinbar ist. Unter dem Druck dieser Tatsachen hat sich die Reichsregierung entschlossen, in einem am Samstag den Locarno-Mächten überreichten Memorandum zu erklären, daß sich Deutschland vom 7. März 1936 an den Locarnopakt nicht mehr gebunden erachtet. Desgleichen hat die deutsche Regierung die volle Reichsouveränität über die gleichfalls im Locarnopakt (Rheinpakt) bestätigte entmilitarisierte 50-Kilometer-Rheinlandzone, wie sie der Vertrag von Versailles festgelegt hatte, wiederhergestellt. Entsprechend dieser Ankündigung sind auch in das Rheinland wieder deutsche Truppen eingezogen. Ferner besagt das Memorandum, daß Deutschland zum Abschluß von Nichtangriffspakten für die Dauer von 25 Jahren mit Frankreich, Belgien und, wenn es gewünscht wird, auch mit Holland, bereit ist. Diese Nichtangriffspakte können ebenso wie seinerzeit der Locarnovertrag wieder unter die Garantie Englands und Italiens gestellt werden. Außer dieser kollektiven Friedenssicherung bietet Deutschland seinen Nachbarn im Osten mit Einschluß Litauens (aber mit Ausschluß Rußlands) zweiseitige Nichtangriffspakte an. Außerdem ist Deutschland zum Wiedereintritt in den Völkerbund bereit, eine Bereitschaft, der die Hoffnung zugrundeliegt, daß sich der Völkerbund vom Versailler Vertrag, auf dem er bisher rechtlich und tatsächlich aufgebaut war, loslöse und die Kolonialfrage bereinige. Weiters bietet Deutschland den Westmächten den Abschluß eines Zusatzpakt an. Noch läßt sich kein Überblick über die Auswirkungen dieser bedeutungsvollen Rede und der darin angekündigten Maßnahmen geben. Derzeit sind alle Kabinette Europas stark beschäftigt. Alle großen Blätter der Welt haben zur Frage Stellung genommen. Auch sind schon vereinzelt Äußerungen von Staatsmännern der Locarno-Mächte bekanntgeworden, die aber nicht als abschließend gelten können. Der französische Ministerpräsident Sarraut hielt einen Rundfunkappell an das französische Volk, der streng ablehnend war. Auch der englische Außenminister Eden sprach bereits im Unterhaus zur Lage. In England handelt man die Lage wesentlich ruhiger. Auch fanden bereits Beratungen der Locarnomächte statt, die aber keine abschließenden Ergebnisse brachten. Die nächsten Verhandlungen der Locarnomächte finden in den nächsten Tagen in London statt. Zu diesen Beratungen wird auch Deutschland eingeladen. Auch der Völkerbundrat wurde nach London eingeladen. Schon heute kann man sagen, daß die Ansichten über die Lage und die sich daraus ergebenden Maßnahmen nicht einheitlich sind. Frankreich wird die verlangten Sanktionen nicht durchsetzen können, da England, Italien, Polen und auch andere Staaten dagegen sind. Für die allernächste Zeit können keine entscheidenden Entschlüsse der beteiligten Staaten erwartet werden. Eine ruhigere Beurteilung der Lage wird wahrscheinlich bald eintreten. Bemerkenswert ist, daß die letzten Ereignisse für Italien eine merkliche Entlastung zur Folge hatten und niemand mehr von der Petroleumsperrre spricht.

Frage des englischen Journalisten antwortete der Reichskanzler: Mein Angebot für den Abschluß von Nichtangriffspakten mit den Ländern im Osten und im Westen Deutschlands ist ein universelles Angebot. Es ist mit keinerlei Ausnahme verbunden. Es bezieht sich auch auf Österreich und die Tschechoslowakei. Ich habe den Eindruck, daß der Abschluß der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Nichtangriffspakte am besten durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen erfolgen kann. Damit will ich sagen, daß, was zum Beispiel die Pakte anlangt, die die Sicherheit der Grenzen einerseits Deutschlands, andererseits Frankreichs, Belgiens und vielleicht Hollands gewährleisten sollen, diese Frage durch die Regierungen dieser Mächte und die Regierungen der beiden Garanten, das heißt Englands und Italiens, behandelt werden müßte. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß die Nationen, die durch diese Pakte garantiert werden sollen, die Frage zuerst mit ihren künftigen Garanten besprechen. In gleicher Weise könnte über die Nichtangriffspakte mit den anderen Nachbarstaaten verhandelt werden, und zwar jedesmal durch direkte Verhandlungen mit den betreffenden Regierungen. Dennoch wäre Deutschland froh, wenn eine andere Macht, zum Beispiel Großbritannien, sich als Vermittler mit praktischen Vorschlägen für die Lösung dieser Fragen anbieten wollte. Die Reichsregierung wird von sich aus keinen weiteren Schritt unternehmen, um die bestehende Lage zu ändern. Wir haben die Souveränität des Reiches wiederhergestellt und eines der ältesten Gebiete Deutschlands unter den Schutz der ganzen Nation gestellt. Wir haben daher keinen Grund, unser Verhandlungsangebot zeitlich zu begrenzen. Ich möchte aber eines hinzufügen: Wenn auch diese Vorschläge wie die vorhergegangenen abgelehnt oder ganz einfach ignoriert werden, so wird die Reichsregierung Europa fortan nicht mehr mit neuen Avancen belästigen. Nicht Deutschland zerreißen die Verträge, erklärte der Reichskanzler fortsetzend. Seit der Annahme des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons hat sich in Europa folgende Regel entwickelt: Wenn eine Siegermacht und eine besiegte Macht einen Vertrag abschließen, ist die besiegte Macht verpflichtet, ihn zu halten, während der Sieger sich seine Haltung nach Belieben einrichtet. Wer wollte leugnen, daß die 14 Punkte Wilsons nicht eingehalten worden sind. Wer könnte leugnen, daß die Siegermächte die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung nicht eingehalten haben. Abschließend erklärte der Reichskanzler: Deutschland hat keinerlei Forderung an Frankreich zu richten und wird auch keine an es richten. Deutschland selbst schlägt den Abschluß von Nichtangriffspakten vor, vorausgesetzt, daß sie von England und Italien garantiert werden. Infolgedessen kann von einer Truppenkonzentration in offensiver Absicht im Rheinland keine Rede sein. Ich bin überzeugt, daß wenn zum Beispiel ein französischer oder englischer Staatsmann das Unglück gehabt hätte, sein Land in einer so tragischen Lage vorzufinden, wie ich das meine vorgefunden habe, er ebenso gehandelt hätte wie ich selbst. Ward Price erklärt sodann: Meine Unterredung mit Hitler hat in mir die Überzeugung bestärkt, daß Hitler entschlossen ist, das aufrechtzuerhalten, was er getan hat.

### Lord Londonderry an die „Times“.

London, 12. März. Der bekannte englische Politiker Lord Londonderry schreibt in einem Brief an die „Times“, es würde verheerend sein, wenn die öffentliche Meinung Englands ein falsches Bild von der Lage erhalte, die plötzlich entstanden sei. Tatsächlich gebe es nichts, was nicht vorhergesehen oder erwartet werden konnte. Deutschland habe seit einigen Jahren mit Bedacht den Versailler Vertrag gebrochen und seine Maßnahmen seien angenommen und entschuldigt worden. Die jhm-bolsche Besetzung der entmilitarisierten Zone sei der letzte Bruch, der sich ereignet habe. Dieser Vertragsbruch sei eine direkte und verständliche Folge des französisch-sowjetischen Paktes, der ein entscheidender Schritt ohne Rücksicht auf Locarno in der Politik der Eintreibung Deutschlands sei. Während man Verständnis für die Beunruhigung Frankreichs haben müsse im Hinblick auf jede Veränderung einer Lage, die bisher von Frankreich als Sicherheit betrachtet wurde, so müsse man doch sichlickerweise die Frage aufwerfen: Wann würde Frankreich vorschlagen, daß Deutschland die Gleichheit mit anderen Nationen erreichen soll durch die Befestigung einer Minderbewehrung, die offensichtlich in einer entmilitarisierten Zone bestehe, der an der französischen Grenze Festungen von unvergleichlicher Stärke gegenübergestellt seien? Der Versailler Vertrag könne mit Recht als ein Dokument bezeichnet werden, das sich als eine einzigartige Torheit erwiesen habe. Londonderry schreibt, je eher der Versailler Vertrag begraben werde und die Völkerbündnisse davon losgelöst, desto besser sei dies für den europäischen Frieden. Man dürfe nicht die Lage Deutschlands mit der von Großbritannien vergleichen, wenn man den Verhältnissen in Deutschland gerecht werden wolle. Wenn man lese, was die Zeitungen berichten, so müsse man den Eindruck gewinnen, daß Hitlers Vorgehen als eine Herausforderung an die Welt angesehen werde. Seinem Urteil nach könne davon nicht die Rede sein. Die Besetzung der entmilitarisierten Zone sei eine logische Folgerung der Ereignisse der letzten Zeit. Londonderry zählt die wichtigen positiven Punkte auf, die in dem Angebot Hitlers enthalten seien, und kommt zu dem Schluß, daß man nur hoffen könne, daß die regierenden Männer Englands diese Friedensvorschläge ebenso gut aufnehmen wie das seinerzeit von Deutschland gemachte Flottenangebot. Das werde den ersten Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung bedeuten.

## Spendet für die Allgemeine Winterhilfe!

Entgeltliche Ankündigungen und Anpreisungen sind durch Nummern gekennzeichnet.

„Daily Mail“ veröffentlicht ein Interview des Reichskanzlers Hitler gegenüber dem Sonderberichterstatter des Blattes, Ward Price, in München. Auf eine erste







